

Am Auf der WiesenstrasseSCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN ISRAEL

TEL-AVIV, den 3. April 1973

Telefon 24 41 21/122
Hayarkonstrasse 228

Ref.: 751.1 - HH/st

*uncl**fonier
caire*VERTRAULICHPolitische Direktion
Eidgenössisches Politisches
Departement3003 B e r nIKRK in Israel

Herr Botschafter,

Am 30. März orientierte mich Herr Convers, Leiter der IKRK-Delegation in Israel, wieder einmal über seine Tätigkeit, die in den letzten Wochen mit einigen zusätzlichen heiklen Problemen belastet war.

Bei dieser Gelegenheit teilte mir Herr Convers mit, dass er am Vortag mit dem italienischen Aussenminister Medici eine Unterredung betreffend Austausch von Kriegsgefangenen hatte. Die israelische Regierung hatte s.Zt. den Wunsch ausgesprochen, dass Minister Medici in Kairo einmal mehr die Freilassung der 10 israelischen Kriegsgefangenen verlange. Herr Medici habe das Problem tatsächlich vorgebracht; die Ägypter seien jedoch vollständig abweisend gewesen. Herr Convers meint, dass eventuell auch unser Departementschef gebeten werden könnte, sich in Kairo dieser Sache anzunehmen.

Auch wenn ein solches Ersuchen von Seiten Israels nicht eintreffen sollte, möchte ich doch anregen, dass sich die Schweizerdelegation, die sich nach Kairo und Jerusalem begibt, vorher vom IKRK für alle Fälle sowohl über die Kriegsgefangenenfrage, wie auch über die Erfahrungen und Probleme des IKRK im Nahen Osten im allgemeinen orientieren lässt.

Die Frage des Austauschs der Kriegsgefangenen scheint im Verhältnis zu Syrien und Ägypten hoffnungslos festgefahren zu sein. Die Israeli hatten vor einiger Zeit einen ägyptischen Kriegsgefangenen freigelassen. Auf ägyptischer Seite honorierte man die Geste in keiner



Weise. Die Argumentation der Aegypter ist, dass die Genfer Konvention die Freilassung der Kriegsgefangenen nach Beendigung der akuten Kriegshandlungen verlange. Die Besetzung arabischen Territoriums durch Israel betrachte Aegypten aber als eine akute Kriegshandlung. Eine Freilassung komme daher erst nach vollständigem Rückzug der Israeli in Frage. Bei dieser Argumentation brauchen die Aegypter nicht einmal weiter zu gehen und zu sagen, dass die Verletzungen von Bestimmungen der Genfer Konventionen durch die Israeli in jedem Fall viel schwerwiegender seien als diejenigen Aegyptens, sollte man Aegypten überhaupt welche vorwerfen können.

In der Tat hat die hiesige IKRK-Delegation mit allerlei heiklen Beschwerden der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu tun:

Israelische Landkäufe und Ansiedlungen in besetzten Gebieten (im Verhältnis zu Aegypten in Gebieten, welche die Israeli hoffen, behalten zu können, so in Gaza, den Zugängen zu Gaza, in Sharm-el-Sheik und dessen Verbindung mit Eilat, in der Gegend von Abu Rodeis mit den Erdölquellen; im Verhältnis zu Jordanien in ganz Cisjordanien; im Verhältnis zu Syrien auf den Golanhöhen) gehen unter dem Schutz der Armee gemäss den Thesen von Dayan andauernd weiter, obwohl die Regierung behauptet, sie habe ihre Zustimmung dazu bis auf wenige Ausnahmen nicht erteilt. Dabei kommen offenbar krasse Unregelmässigkeiten vor, indem die Israeli dem arabischen Gewohnheitsrecht nicht Rechnung tragen. Nur verbrieftes Eigentum wird anerkannt. Wenn keine Eigentumspapiere vorgewiesen werden können - das Jordanische Recht verlangt die Registrierung nicht und anerkennt die Ersitzung - wird das Land als herrenlos betrachtet und den Besitzern nur Umsiedlungskosten vergütet.

Die Umsiedlung von Beduinen im Sinai erfolge oft in rücksichtsloser Weise. So entdeckte das IKRK kürzlich zufällig, dass in einem der wenigen für Ackerbau geeigneten Gebiete in der Umgebung von Gaza ein Militärflugplatz gebaut werden soll. Ungefähr 3'000 sesshafte Beduinen verlieren dadurch ihre Aecker und würden auf viel ungünstigeren Boden verwiesen. Als sich der Delegationschef beim MAE beschwerte, behauptete dieses, von einem solchen Plan überhaupt nichts zu wissen. Herr Convers wird das Problem vor Minister Dayan und sogar Frau Golda Meir bringen müssen. Er wird dabei, abgesehen von der Verletzung der Konventionen, auch darauf hinweisen, dass durch diese rücksichtslose Politik der Festsetzung in den besetzten Gebieten u.a. auch die Bemühungen um einen Austausch der Kriegsgefangenen wesentlich erschwert werden.

Gelegentlich höre ich die Spekulation, dass diejenigen israelischen Politiker, welche sobald als möglich eine Normalisierung mit Jordanien anstreben, in letzter Zeit Aufwind bekommen hätten, nachdem man sich Rechenschaft geben könne, dass in Aegypten in absehbarer Zeit kein Fortschritt zu erwarten sei. Herr Convers sieht bei seinen guten Kenntnissen der Verhältnisse in Cisjordanien dafür keine Anhaltspunkte. Es scheint ihm, dass die Israeli sich, ob mit oder

- 3 -

ohne Zustimmung der Regierung mehr und mehr in Cisjordanien breit machen, mit der Absicht, dort zu bleiben und vielleicht ganz die arabische Bevölkerung zu verdrängen. Diejenigen, welche diese Tendenz fördern, z.B. in Kreisen der Armee, hätten wohl kein Interesse, heute die Konzessionen zu machen, die König Hussein den Abschluss eines Friedensvertrages ermöglichen würden, auch wenn man Ostjerusalem vorläufig ausklammern könnte.

Die Politiker, welche Möglichkeiten für eine Lösung mit Jordanien suchen, lassen sich von den Bedenken leiten, den Status quo der militärischen Besetzung grosser bevölkerter Gebiete auf unabsehbare Zeit andauern zu lassen. Diese Politiker sind aber in der Minderheit. Die offizielle Politik, - wie sie von Minister Eban immer wieder dargelegt wird - ist nach wie vor, dass realistischere zuerst eine Teil- oder Gesamtlösung mit Aegypten angestrebt werden müsse, bevor man daran denken könne, mit Jordanien die de facto bereits weitgehend normalen Beziehungen zu formalisieren. König Hussein sei nicht stark genug, als erster ein Abkommen mit Israel abzuschliessen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

ll

P.S. Gespräch vom 3.4.1973 mit Botschafter Kidron, stellv. Gen.Direktor des MAE, u.a. zuständig für IKRK, über Kriegsgefangenenaustausch: Die Frage des Gefangenaustauschs hat in erster Linie einen politischen Hintergrund. Aegypten glaubt, durch Zurückhaltung der Kriegsgefangenen Konzessionen bei der politischen Lösung des Nahostkonflikts erpressen zu können, weil es weiss, dass die Frage für die israelische Regierung aus humanitären Gründen Priorität hat. Sie ist so wichtig, dass sich der Premierminister persönlich damit befasst. Das IKRK habe nur die Konventionen und moralisch-humanitäre Argumente zur Umstimmung der Aegypter. Diese Argumente nützen aber wenig, so lange Aegypten die Gefangenen als politisches Druckmittel verwendet. Deshalb ist Israel entschlossen, nicht nur das IKRK um Hilfe zu ersuchen, sondern auch alle Politiker, welche Kairo besuchen. So wurde Minister Medici um Vermittlung ersucht; Minister Scheel wird ebenfalls ersucht werden. Botschafter Levavi werde auch Bundesrat Graber um Vermittlung ersuchen. Der Standpunkt Israels ist folgender:

Erpressung mit den Gefangenen, um Vorteile für die politische Lösung herauszuholen, ist völlig nutzlos. Diese Erpressung fügt nur ein völlig sinnloses Element der Spannung und Bitterkeit zu dem ohnehin komplizierten Contentieux zwischen den beiden Staaten. Israel ist bereit, den Gefangenen austausch mit Syrien von demjenigen mit Aegypten zu trennen und schlägt vor, die 10 israelischen Gefangenen gegen alle 57 ägyptischen Gefangenen auszutauschen. Dabei hätte Priorität der schwerkranke (Knochenkrankheit) israelische Pilot, dessen Familie völlig zusammengebrochen sei. Israel ist bereit zu versprechen, dass die gefangenen Piloten nicht mehr eingesetzt werden, ferner ist Israel mit einem Austausch in Etappen und der Durchführung des Austausches über ein drittes neutrales Land einverstanden. Im MAE weiss man, dass das IKRK mit der Konkurrenz anderer Vermittler nicht besonders glücklich ist und hat auch für die Gründe ein gewisses Verständnis. Das IKRK ist aber nach israelischer Auffassung bei aller geschätzter und positiver Aktivität in seinem Einfluss limitiert, besonders wenn es sich um hochpolitische Hindernisse handelt (z.B. auch Juden in der UdSSR). In diesen Fällen muss Israel eben versuchen, auch stärkere, wirkungsvollere Mittel, welche solche Hindernisse eher überwinden können, einzusetzen.

Au lieu le chef de département
intéressante leu de A. Hez sur les
problèmes du Cica dans les territoires
occupés par Israël. N. Deville
Vus, écrits encore, si propos des
prisonniers de guerre, avant votre
voyage en Caire

Piccoli
g.k.